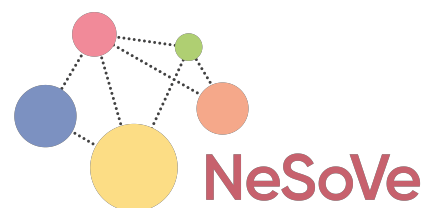


Wie kann Europa solidarisch mit Afrika handeln?

Carla Weinzierl

NeSoVe / Netzwerk Soziale Verantwortung

ÖGB Afrikatagung, 29.11.2018



NETZWERK SOZIALE VERANTWORTUNG

Die Handelspolitik ist geleitet von der imperialen Lebensweise

Die EU Handelspolitik mit Afrika beruht auf einem fehlgeleiteten Verständnis von Entwicklung. Europa wäre entwickelt, Afrika müsse aufholen, die EU kann dabei durch sogenannte Freihandelsverträge helfen und in humanistischer Manier unterstützen. Die Erzählung der EU über die Beziehungen zu Afrika ist eine schöne, eine philanthropische, eine der Nächstenliebe. Die Realität ist eine komplett andere: Diese Abkommen dienen dazu veraltete, nicht zukunftsfähige Entwicklungsmodelle zu expandieren und den Neoliberalismus auch im globalen Süden festzuschreiben, eine Politik die von und für Konzernen gemacht wird, in Komplizenschaft politischer Eliten. Es geht trotz schöner Entwicklungsrhetorik schlichtweg darum Zugang zu Absatzmärkten und Rohstoffen zu sichern. Ihre Grundlage ist die imperiale Lebensweise, also das Leben auf Kosten anderer, oder die Abhängigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems von Ressourcen, Arbeitskraft und Senken anderswo.

An der Agrarfrage wird die Diskrepanz der Entwicklungsrhetorik und der Realität besonders gut sichtbar

Seit der Gründung der WTO 1995 verfolgen die Staaten des Globalen Nordens, allen voran die EU, auch die Liberalisierung der Agrarmärkte und damit auch der Nahrungsmittelsysteme. Der massive Widerstand vom Globalen Süden hat zur Lähmung der WTO Doha Runde geführt, die WTO steht in diesem Bereich still.

Seither verfolgt die EU nach dem Prinzip Teile und Herrsche ihre Interessen verstärkt in bilateralen und regionalen Abkommen wie den EPAs. Regionale Freihandelsabkommen mit den AKP.

Die Struktur der EPAs reflektiert dabei entgegen ihrer Entwicklungsrhetorik stark den Kontext der EU Geopolitik, der Wachstumsstrategie (Europe 2020 und zuvor Lissabon Strategie) und der EU Außenhandelsstrategie Global Europe. Die EPAs können als Institutionalisierung des Post-Washington Consensus seitens der EU erachtet werden: ihr oberstes Ziel wäre Armutsreduktion durch die vermeintlichen Vorteile von Freihandel. Damit wird das neoliberale Fortschrittsmodell auch im Globalen Süden festgeschrieben und Handlungsspielräume für Konzerne ausgeweitet, für alternative Entwicklungspfade jedoch beschränkt.

Marktöffnung und Liberalisierung der Agrarmärkte haben zur Folge, dass die industrialisierte Landwirtschaft zunehmend die kleinbäuerliche ersetzt. Oberstes Ziel ist nicht mehr die Ernährung von Menschen, sondern der Profit von Konzernen.

Die Folgen: Dumping-Importe von Nahrungsmitteln zerstören im globalen Süden lokale Produktionsstrukturen und damit Lebensgrundlagen. Gesellschaften, die sich seit Generationen weitgehend selbst ernährten,

werden abhängig vom Weltmarkt und dessen schwankenden Preisen. Hunger ist heute nicht mehr Folge zu geringer Produktion, sondern falscher Verteilung.

Die Politik ist durch Konzerne vereinnahmt, diese Globalisierung dient Konzerninteressen

Dahinter steht vor allem die Macht der Agrarkonzerne, die Zugang zu neuen Exportmärkten und billigen Agrarrohstoffen verfolgen. Die EU setzt diese Interessen sowohl in der Agrarpolitik als auch in der Handelspolitik bestmöglich durch, wie sie es auch schon bei der Etablierung der WTO getan hat.

Politische Prozesse werden zunehmend von Konzernen vereinnahmt, vor allem die neue Generation von Handelsverträgen seit dem WTO Stillstand haben kaum noch mit Handel als vielmehr mit Macht und Kontrolle über politische Prozesse zu tun. Eine der langlebigsten Formen der Einflussnahme von Konzernen ist die Umgestaltung des politischen und juristischen Rahmen zu ihren Gunsten – über nationales und internationales Recht sowie zwischenstaatliche Organisationen. Neben Freihandels- und Investitionsabkommen wie den EPAs, werden so seit mehr als 30 Jahren kapitalfreundliche und neoliberale Interessen dauerhaft in nationale Verfassungen und internationalen Verträgen verankert.

Politik wird dadurch – paradoxerweise durch Beschlüsse demokratisch gewählter Regierungen – zunehmend von ihrem demokratischen Prozess losgelöst. Konzerne schaffen sich mehr und mehr Rechte und Regierungen unterstützen dies beispielsweise mit der Forderung eines multilateralen Investitionsgerichtshofes, an dem Konzerne Staaten für progressive Gesetzgebung klagen können sollen.

Konzerne schaffen sich rechtliche Rahmen während Menschenrechte nach wie vor nicht durchsetzbar sind

Im Gedenkjahr 2018 jährt sich auch die Erklärung der Menschenrechte zum 70. Mal, doch von ihrer weltweiten Durchsetzung kann keine Rede sein. Im Gegenteil, Konzernprofite speisen sich systematisch aus Menschenrechtsverletzungen und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen – ob im Bergbau-, Öl- oder Agrarsektor, in der Textil-, Nahrungsmittel- oder Elektronikindustrie.

Neben menschenrechtswidrigen Arbeitsbedingungen setzen Konzerne beispielsweise private Sicherheitskräfte ein um Proteste gewaltsam zu unterdrücken und WiderstandskämpferInnen verschwinden zu lassen, oder rauben und verschmutzen Land und Wasser und zerstören damit die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung.

Bei Verstößen gegen die Menschenrechte durch Konzerne haben die Opfer praktisch keine Chance auf Entschädigung, die Unternehmen bleiben straflos.

Auch das ist gerade im Agrarbereich besonders gut sichtbar.

Land wird in Afrika im großen Stil von europäischen Konzernen geraubt, oftmals mit Unterstützung der SteuerzahlerInnen über die Abwicklung durch sogenannte Entwicklungsbanken. Die Menschen werden oft ohne Entschädigung vertrieben, verlieren ihre Lebensgrundlagen und die Produktion vor Ort wird umgestellt von oftmals in Kollektiven organisierten,

agrärökologischen Systemen die Nahrungsmittel für die Menschen vor Ort produzieren, hin zum industrialisierten Agrarmodell, das billige Agrarrohstoffe für die imperiale Lebensweise im Globalen Norden exportiert.

Eine systemische Alternative von unten lautet Ernährungssouveränität

La Via Campesina, ein Zusammenschluss von bäuerlichen, Landlosen und Indigenen Organisationen, sowie die Nyeleni Bewegung, eine der größten Bewegungen weltweit, fordert mit dem Konzept der Ernährungssouveränität einen radikalen Umbruch.

Ernährungssouveränität setzt am Menschenrecht auf Nahrung an, aber im ganzheitlichen Sinn: Es geht um den Zugang aller Menschen zu jeder Zeit zu ausreichendem, gesundem, schmackhaftem, kulturell eingebettetem und an klimatische und Bodenbedingungen angepasstem Essen, das in sozial gerechter Weise produziert wird.

Das ist im Rahmen des neoliberalen Ernährungssystems nicht denkbar. Daher stellt die Bewegung für Ernährungssouveränität Machtfragen ins Zentrum: Die Menschen sollen das Recht haben, ihre Ernährung selbst zu gestalten.

Ernährungssouveränität heißt also, die Kontrolle über die Produktion zurück in die Hände der Produzierenden zu holen. Das macht sie zum antikapitalistischen Projekt. Ihre AkteurInnen sind vor allem Bäuerinnen und Bauern sowie Landlose des globalen Südens, aber auch der Peripherie innerhalb Europas. Sie spüren die Folgen der Landnahmen durch InvestorInnen aus dem globalen Norden am stärksten. Dagegen setzen sie sich zu Wehr.

Sie kämpfen darum, dass Lebensgrundlagen wie Saatgut, Wasser und Land öffentliche Güter bleiben oder wieder werden, statt im Privatbesitz einzelner zu sein. Damit stellen sie eines der Grundprinzipien des Kapitalismus, die Akkumulation durch Enteignung, in Frage – und treffen auf massive Repression. Viele Widerständige zahlen mit dem Leben. Sie tun es dennoch, denn der Kampf um Land, Wasser und Saatgut, um unsere Lebensgrundlagen, ist einer der wichtigsten Schritte der sozial-ökologischen Transformation, die die Menschheit tun muss um zu überleben.

Die Sozial-ökologische Transformation ist ein kollektiver Lernprozess der Machtfragen stellen muss

Wir stehen vor der Wahl: weiter wie bisher mit den technologie- und marktbasierteren Scheinlösungen globaler Eliten oder gemeinsam systemische Alternativen umsetzen.

Wollen wir ein gutes Leben für alle, nicht nur für manche, müssen wir letzteres wählen. Denn während es möglich war – durch den von sozialen Bewegungen erkämpften Wohlfahrtsstaat – den Wohlstand den der Kapitalismus ursprünglich nur für die Wenigen brachte auf die Vielen auszuweiten, wird es nicht möglich sein ihn auf alle Menschen weltweit zu verbreitern. Denn unsere Wirtschaftsweise basiert auf einer imperialen Lebensweise – auf der Ausbeutung von Arbeitskraft, Ressourcen und Senken anderswo. Wie also soll diese vom anderswo abhängige Wirtschaftsweise auf das anderswo

ausgeweitet werden? Den Planeten B die dafür die Grundlage sein müsste gibt es nicht.

Auf der kollektiven Suche nach tatsächlichen Alternativen müssen wir also vermeintliche Lösungsvorschläge stetig auf ihr Potenzial die verschiedenen Säulen der dominanten Wirtschaftsweise zu überwinden hin prüfen. Es reicht dabei nicht aus nur an den Kapitalismus zu denken, ihn begleiten einige weitere –ismen, die ebenso Grundpfeiler unserer Wirtschaftsweise sind, und die historisch auch unabhängig von kapitalistischen Eigentumsverhältnissen existierten. So war beispielsweise der Extraktivismus – der Raubbau an der Natur bzw. ihre Finanzialisierung – Grundlage für die sozialistischen Regierungen im Lateinamerika der letzten Jahre. Während des kalten Krieges waren West und Ost gleichermaßen auf den Produktivismus, oder das Wachstumsparadigma angewiesen. Systemische Alternativen werden sich außerdem dem Anthropozentrismus, oder der Idee der Mensch wäre aus der Natur herausgelöst, widmen müssen, denn die derzeitige Vielfachkrise ist nicht vergleichbar mit den bisherigen Krisen des Kapitalismus in denen auf eine Rezession oder Depression immer wieder Rekordwachstumsphasen durch weitere Expansion folgen konnten – nachdem wir im Anthropozän an die Grenzen des Systems geraten und die natürlichen Grundlagen für weitere Expansion zerstören wird eine Kehrtwende unabdingbar. Nachdem die Profiteure der dominanten Wirtschaftsweise auch keinen Anreiz haben es grundlegend zu verändern, kommen emanzipatorische Alternativen von unten, von den vielen. Sie müssen damit auch den Anspruch stellen, Eurozentrismen, (Neo-)Kolonialismen und strukturelle Rassismen zu überwinden, genauso wie das Patriarchat und die Technokratie.

Die Ansätze der Eliten nehmen das System nicht als Ganzes in den Blick, sie bleiben dadurch eben nur Scheinlösungen, denn Instrumente die nur Teilaspekte einer Problematik angehen, werden die Krisen in anderen Dimensionen verschlimmern. Eliten spalten auch Widerstand wenn er für die Erhaltung ihres hegemonialen Projekts zu gefährlich wird, so gehört es beispielsweise zum Standard-Repertoire an Strategien ArbeitnehmerInneninteressen gegen Ökologiebewegungen auszuspielen. Doch soziale und ökologische Verwerfungen sind gleichermaßen Ausdruck des selben Phänomens – ihnen steht der selbe Gegner gegenüber. Wir, die nicht an den Verhandlungstischen der Weltwirtschaftsforen und dergleichen sitzen, haben alle Interesse an sozial-ökologischen Transformationen hin zum guten Leben für alle. Die Interessen der Näherin in Bangladesh, des Minenarbeiters in Kolumbien oder der Erntehelferin in Tansania sind den Interessen des Einzelhandelskaufmannes, der Industriemechanikerin oder des Supermarktkassiers in Österreich näher als jene der Konzernchefs von H&M, Voestalpine oder Spar. Solidarisieren wir uns miteinander, dann wird eine andere Welt möglich.

Wir fangen dabei nicht von vorne an. Transformationspfade wie beispielsweise die Ernährungssouveränität oder die Energiedemokratie bereiten uns als gemeinsam erarbeitete Utopien aber auch als bereits zumindest in Nischen gelebte Realitäten den Weg für ein gutes Leben für alle.

Solche politischen Leitbilder sind nötig, denn Widerstand als einzige Strategie kann nicht ausreichen – frei nach Gramsci kann das Alte erst sterben wenn das Neue schon geboren ist. Es liegt an uns die neue Welt zu gestalten und Alternativen aufzubauen. Die sozial-ökologische Transformation weg von der imperialen hin zu einer solidarischen Lebensweise ist ein kollektiver Lernprozess, der Machtfragen stellen muss und nicht konfliktscheu sein darf um nicht zahm, reformativ und kooptierbar zu werden.

Doch diese an die Wurzel gehende Radikalität, diese Transformation der gesamten Wirtschaftsweise, der Macht- und Eigentumsverhältnisse müssen wir verbinden mit der Fähigkeit, die realen Verhältnisse im Hier und Jetzt zum tanzen zu bringen. Rosa Luxemburgs revolutionäre Realpolitik lehrt uns etwa, Projekte des solidarischen Wandels in der Gegenwart einzuleiten.

Damit will ich sagen: Der Aufbau von Gegenhegemonie muss auch damit beginnen Rechte durchzusetzen und Konzerne in die Schranken zu weisen.

Es ist dringend Zeit Konzerne verbindlich zu regulieren

Wie eingangs erwähnt fehlt dazu international noch der rechtlich bindende Rahmen. Seit den 1970er Jahren gab es im Rahmen der UNO immer wieder Anläufe für verbindliche Regeln für Konzerne, sie scheiterten bisher am Widerstand der Wirtschaftslobbys. Doch nun gibt es eine historische Chance, die wir gemeinsam ergreifen müssen.

Seit 2010 setzt sich eine globale Bewegung von mittlerweile über 1100 NGOs und sozialen Bewegungen weltweit der Konzernmacht entgegen und kämpft an der Seite vieler Staaten des Globalen Südens für ein verbindliches UN Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte. Wir fordern statt dem weiteren Ausbau von Konzernprivilegien, der Aushöhlung von Demokratien und dem Multilateralen Investitionsgerichtshof, klare Regeln für Konzerne und durchsetzbare Rechte für Menschen. Der jahrelange zivilgesellschaftliche Druck hat 2014 zu einem Mandat des UN Menschenrechtsrates geführt, ein solches Abkommen auszuverhandeln. In den bisherigen vier Verhandlungsrunden hat sich die EU nicht konstruktiv eingebracht, den Prozess boykottiert oder verlangsamt, und sich von den Beschlüssen der zuständigen Arbeitsgruppe im Menschenrechtsrat distanziert.

Gleichzeitig nimmt sie in der Ausweitung der Freihandelsagenda eine klare Vorreiterrolle ein. Eine neue Studie zeigt auf, wie sehr die EU auch in diesem Prozess von Konzernen vereinnahmt ist.

Der zivilgesellschaftliche Druck wächst jedoch stetig weiter, denn ein solcher Vertrag könnte Vertragsstaaten dazu verpflichten, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen, die in ihrem Land den Stammsitz haben, gesetzlich zu verankern – und zwar auch bei ihren Auslandsgeschäften sowie in ihren Lieferketten und Tochterunternehmen. Das Abkommen könnte Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen Zugang zu effektiven Rechtsmitteln sichern – auch in jenem Staat, in dem der Konzern seinen Stammsitz hat.

Um dem Abkommen tatsächlich Zähne zu verleihen müsste nicht nur ein eigens dafür zuständiger internationaler Gerichtshof geschaffen werden, sondern auch festgeschrieben werden, dass die Menschenrechte prinzipiell Vorrang vor Handels- und Investitionsabkommen haben.

Gerade in der Vehemenz mit der sich die EU gegen diese beiden Punkte stellt, zeigt sie deutlich auf, wessen Interessen sie wahrht.

Solidarisch mit Afrika zu handeln heißt: Widerstand, Transformation, Alternativen

Mit Afrika solidarisch zu sein, heißt damit aufzuhören kaputte Systeme, die von und für Eliten geschaffen wurden zu expandieren, und damit zu beginnen in unseren Gesellschaften unsere Hausaufgaben zu machen und von der imperialen Lebensweise weg hin zu Strukturen zu kommen, die ein gutes Leben für alle weltweit ermöglichen.

Dabei geht es um Widerstand, gegen Abkommen wie die EPAs und alle anderen Investitions- und Handelsabkommen, die die EU derzeit verhandelt. Wir müssen uns gegen sie stellen, da sie dazu dienen Konzernmacht zu festigen und unsere Handlungsspielräume einzuschränken. Vor allem muss in Anbetracht des Menschenrechts auf Nahrung die Landwirtschaft, zumindest aber Grundnahrungsmittel, aus Freihandelsverträgen verschwinden, Nahrungsmittel sind keine Waren wie andere.

Doch wir dürfen nicht beim Widerstand stehen bleiben, wir müssen das bestehende auch transformieren. In diesem Sinne steht das UN Treaty: weisen wir gemeinsam Konzerne in die Schranken, setzen wir ihnen verbindliche Regeln und machen wir Menschenrechte weltweit durchsetzbar.

Und da das alte System erst sterben kann wenn das neue geboren wird müssen wir auch gemeinsam am Aufbau von Alternativen arbeiten.

Dabei können uns Transformationspfade wie die Ernährungssouveränität leiten. Das Recht der Menschen ihre Nahrungsmittelsysteme selbst zu gestalten bedeutet auch eine Re-Regionalisierung oder De-Globalisierung des Ernährungssystems. Es geht darum vielfältige Strukturen aufzubauen, die angepasst an lokale, boden- klima- und kulturelle Bedingungen angepasst sind und auf sozialer Gerechtigkeit und internationaler Solidarität fußen aufzubauen.

Hierfür können uns viele andere politische Leitkonzepte neben der Ernährungssouveränität anleiten: solidarische De-Globalisierung und die Wirtschaft der kurzen Wege, die Neudefinition und Neuverteilung von Arbeit, gemeinwohlorientierte Finanzsysteme, Commons oder die Praxis unsere Lebensgrundlagen gemeinsam zu verwalten, Energiedemokratie und Klimagerechtigkeit usw.

Tun wir diesen strategischen Dreischritt gemeinsam: Widerstand gegen die EPAs, Transformation durch das UN Treaty und Aufbau von Ernährungssouveränität und anderen systemischen Alternativen.

Mit Afrika solidarisch zu handeln ist möglich.

Eine andere Welt ist möglich.